

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Antrag Nr. L001 "Schauen wir nicht länger zu. Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 21 bis 21 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
1	Ersetzung Freie	Freien	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 124 bis 124 - Antragsteller: Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg)			
2	Ersetzung sondern	Ersetze "sondern" durch "und auch nicht"	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 125 - Antragsteller: Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg)			
3	Füge ein nach China	Füge ein nach "China" , "sondern unsere Schulen und Hochschulen mit denen in ihrer Nachbarschaft und in der ganzen Welt."	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 130 - Antragsteller: Henrik Jacobs (LV Niedersachsen)			
4	Füge ein nach reformiert werden.	Wir Freie Demokraten setzten uns dafür ein, dass die innerstaatliche Zuständigkeit für die Schul- und Bildungspolitik	Abstimmung mit Beratung zusammen mit V1 5, 6, 7 und 8

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		von der Landes- auf die Bundesebene verlagert wird. Dazu soll die grundgesetzliche Kompetenzverteilung zwischen den Bundesländern und dem Bund entsprechend geändert werden. Für Schule und Bildung soll künftig der Bund zuständig sein.	
Zeile 133 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
5	Füge ein nach der Schulen.	,in Verbindung mit der Aufhebung der Schuleinzugsbereiche	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 145 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
6	Füge ein nach Lehrer-Schüler-Relation. (als neuen Punkt)	<p>Mehr Freiheit in der Lehre</p> <p>Wir wollen außerdem, dass die Schulzeit den Schülern die Möglichkeit bietet, sich selbst zu entfalten, indem sie mehr Freiheit und Auswahl beim inhaltlichen und methodischen Angebot der Schulen erhalten. So wollen wir den Wahlpflichtbereich ausbauen, welcher auch von den Schulen eigenverantwortlich um neue Themen oder Fächer ergänzt werden können soll, mit denen die Schüler sich vertiefend beschäftigen wollen oder sonst in ihrer Schullaufbahn nicht in Berührung kommen. Die im Lehrplan vorgesehenen Pflichtfächer sollen sich künftig stärker an ihrer tatsächlichen, allgemeinbildenden Notwendigkeit orientieren: Sie sollen grundlegendes Allgemeinwissen und Methoden vermitteln, welche unabhängig von der späteren Berufswahl für das nachfolgende Leben als eigenverantwortliches, mündiges Mitglied unserer freiheitlichen Gesellschaft Voraussetzung sind.</p>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Dazu zählen wir auch die verstärkte Vermittlung grundlegender Kenntnisse unseres Staats-, Rechts- und Wirtschaftssystems.	
Zeile 169 bis 170 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
7	Ersetzung von "Im Gegenzug sorgt ein" ... bis "Zugangschancen aller Kinder."	Im Gegenzug sorgt die Schulaufsicht für gleiche Zugangschancen aller Kinder im Rahmen des Sonderungsverbots.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 174 bis 175 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
8	Ersetzung Das macht	Bildungsgutscheine machen	Übernommen
Zeile 179 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
9	Füge ein nach Kapazitäten erlauben.	und im Erfolgsfall auch auszubauen	Erledigt durch V1 11
Zeile 258 bis 259 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
10	Ersetzung Kinder	Schülerinnen und Schüler	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 261 bis 261 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
11	Streichung von "dürfen Lehrkräfte vor" ... bis "Amateure sein, sondern"		Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 262 - Antragsteller: Henrik Jacobs (LV Niedersachsen)			
12	Füge ein nach vermitteln können.	<p>Mehr Kitas</p> <p>Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass mehr Kitas geschaffen werden. Nur wenn es genügend Kitas gibt, haben Familien echte Wahlfreiheit, ob sie ihr Kind zu Hause betreuen oder in eine Kita geben möchten.</p> <p>Daher sehen wir den Bund in der Pflicht, dauerhaft angemessene Beiträge zum Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau" zu leisten um damit die kommunalen Träger bei der Schaffung und Erhaltung weiterer Kita-Plätze zu unterstützen.</p>	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 273 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
13	Füge ein nach alle ihre	unterschiedlichen	Übernommen
Zeile 293 bis 293 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
14	Streichung , sondern sich auf den Staat verlassen können.		Abstimmung ohne Beratung
Zeile 294 bis 294 - Antragsteller: Björn Försterling (LV Niedersachsen)			
15	Ersetzung	(Überschrift): Sport als Schlüssel zur Integration und Inklusion	Übernommen. Erledigung von V1 26, 27 und

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	von "Der Sport ist einer der" ... bis "Integration und Inklusion."		28
Zeile 307 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
16	Füge ein nach in Höhe von	mindestens	Übernommen als Ersetzung: „in Höhe von 500 Euro...“
Zeile 307 bis 308 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen)			
17	Ersetzung von "Die Förderung besteht" ... bis "einem Darlehensangebot."	Zur Förderung werden den Schülern, Auszubildenden und Studierenden das ihren Eltern zustehende Kindergeld direkt an sie selbst ausgezahlt. Diese wird von einem Darlehensangebot ergänzt.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 317 bis 318 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
18	Streichung von "Wenn wir dem Fachkräftemangel" ... bis "qualifizierten Spezialisten werden."		Abstimmung ohne Beratung
Zeile 336 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
19	Füge ein nach Teilnahmerecht für	junge	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 339 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
20	Füge ein nach Dabei ist Bildung	ein Menschenrecht und	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 374 - Antragsteller: Philipp Hartewig (LV Sachsen)			
21	Füge ein nach von "Denn Doping ist Betrug" ... bis "nachhaltig bekämpft werden." "	Das von der Großen Koalition beschlossene Anti-Doping-Gesetz verfehlt jedoch seinen Zweck, indem es die Sportgerichtsbarkeit schwächt, Besitz und Konsum im Allgemeinen kriminalisiert und nur begrenzte Erfolge erwartbar sind.	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 22
Zeile 374 - Antragsteller: Philipp Hartewig (LV Sachsen)			
22	Füge ein nach von "Denn Doping ist Betrug" ... bis "nachhaltig bekämpft werden." "	Das von der Großen Koalition beschlossene Anti-Doping-Gesetz verfehlt dabei jedoch seinen Zweck.	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 21
Zeile 408 bis 410 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
23	Streichung von "Im Gegenteil: Deutschland" ... bis "akademischen Vorbildung."		Abstimmung ohne Beratung
Zeile 455 bis 455 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhlert (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
24	Ersetzung sind der Ansicht	streben an	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 456 bis 456 - Antragsteller: Dr. Dr. Magnus Buhler (LV Bremen) für den Bundesfachausschuss Bildung			
25	Streichung sollen		Abstimmung ohne Beratung
Zeile 510 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
26	Füge ein nach ein	weitgehend	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 521 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen), Alexander Müller (LV Hessen), Jaqueline Krüger (LV Brandenburg), Sandro Schilder (LV Brandenburg) und Gabriele Enders (LV Hessen)			
27	Füge ein nach Wirtschaft und Gesellschaft.	Wir Freien Demokraten wollen Gründungen und Kleinunternehmen von einem Zwang zu möglicher Mehrfach-Kammerzugehörigkeit befreien. Weiterhin sind Unternehmer im Nebenerwerb unterhalb eines Gewerbeertrages von 10.000 Euro jährlich (Grundfreibetrag) von Kammerbeiträgen zu entlasten. Leistungen, die solche Unternehmen von Kammern in Anspruch nehmen, sind im Gegenzug auf dem Gebührenwege für diese Unternehmen kostenpflichtig.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 727 bis 731 - Antragsteller: Christof Rasche (LV Nordrhein-Westfalen)			
28	Ersetzung von "Moderne Infrastruktur" ... bis "Machen wir den Weg frei!"	Moderne Mobilität braucht moderne Infrastruktur Mobilität ist Teil der persönlichen Freiheit. Jeder Einzelne, die Gesellschaft und die Wirtschaft, ist auf eine moderne Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Aber Stau, kaputte Straße	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		und fehlende Verbindungen sind allgegenwärtig. Zur Freiheit gehört auch, ohne Gängelei selber zu entscheiden, welches Verkehrsmittel man benutzt. Und neue Mobilitätskonzepte ausprobieren zu können. Machen wir den Weg frei.	
Zeile 732 bis 737 - Antragsteller: Christof Rasche (LV Nordrhein-Westfalen)			
29	Ersetzung von "Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur Wir" ... bis "Verbandsklagerechtes."	<p>Investitionen in Verkehrsinfrastruktur</p> <p>Freie Demokraten bekennen sich zur Notwendigkeit, die Verkehrswege weiter auszubauen. Dazu wollen wir erstens die Investitionen erhöhen. Der Bund muss mehr Geld bereitstellen und wir brauchen zusätzlich privates Kapital. Zweitens müssen wir dafür sorgen, für jeden Euro so viel und so gute Infrastruktur zu bekommen wie möglich. Der Staat plant und baut ineffizient, das zeigt nicht nur das BER-Desaster in Berlin. Deshalb brauchen wir eine Bundesfernstraßengesellschaft mit der Beteiligung Privater. Eine PKW-Maut, die als Bürokratie-Monster mehr kostet als bringt, lehnen wir hingegen ab. Effizient investieren heißt drittens auch, Geld nicht mit der Gießkanne, sondern bedarfsgerecht zu verteilen. Wir orientieren wir uns an Realitäten, nicht an Wunschträumen: die Straße ist und bleibt der Hauptverkehrsträger. Gleichzeitig stößt die Schiene in bestimmten Bereichen an ihre Grenzen, z.B. beim Hafenhinterlandverkehr. Beides muss – neben Umweltgesichtspunkten – bei der Verteilung der Investitionsmittel berücksichtigt werden. Die Fahrt endet nicht an der Autobahn. Wir wollen deshalb, dass der Bund zukünftig jährlich zwei Milliarden Euro in einen „Sanierungsfonds</p>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Verkehrswege der Länder und Kommunen“ einzahlt.	
Zeile 765 bis 777 - Antragsteller: Christof Rasche (LV Nordrhein-Westfalen)			
30	Ersetzung von "Digitalisierungsoffensive" ... bis "30 km/h) lehnen wir ab."	<p>Digitalisierungsoffensive und neue Mobilitätskonzepte</p> <p>Wir Freie Demokraten sehen in der Digitalisierung unermessliche Potentiale für den Verkehr. Autos, Lastwagen, Züge, Schiffe und Flugzeuge werden schrittweise autonom unterwegs sein, intelligent vernetzt und mit ressourcenschonenden Antrieben fahren. Komfortabel und sicher. Digitale Steuerung von Betrieb und Auslastung der Verkehrsnetze erhöht ihre Kapazität und Effizienz, Lagerhallen werden eines Tages überflüssig. Digitalisierung ermöglicht auch neuartige Konzepte der Shared Mobility: Fahrzeuge und Mobilitätsdienste unter vielen Nutzern zu teilen. Um fit zu sein für die digitale Verkehrswelt von morgen muss die Politik ihre Hausaufgaben machen. Wir wollen Breitbandübertragung und die Mobilfunktechnologie 5G ausbauen. Wir wollen digitale Teststrecken und den Rechtsrahmen für die sichere Nutzung automatisierter Systeme schaffen. Und wir wollen Freiräume für die unbürokratische Entwicklung innovativer Angebote wie z.B. digitaler Mobilitätsplattformen eröffnen, ohne Datenschutz und Privatsphäre zu gefährden.</p> <p>Bei alledem muss der Staat neutral bleiben. Die Menschen sind verschieden und genauso verschieden sind ihre Mobilitätswünsche. Ideologisch motivierte Gleichmacherei und Gängelei sind letztlich nichts anderes als Misstrauen gegen jede</p>	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Form von Freiheit. Daraus resultiert auch der Eifer, Tempolimits zu bestimmen und Freiräume zu beschildern. Freie Demokraten lehnen das ab, wir wollen Entscheidungsfreiheit. Für viele, gerade auch für Frauen, ist Autofahren der Garant eines unabhängigen, freien und sicheren Lebensgefühls. Das respektieren wir. Andere schätzen die Vorteile von Bahn, Fernbus und ÖPNV. Hier geht es um kundengerechte und kostengünstige Angebote. Das erreichen wir durch auskömmliche, transparente Finanzierung und fairen Wettbewerb unter den Anbietern. Auch Flugreisen verteufeln wir nicht. Unsere Flughäfen brauchen sichere Rechtsgrundlagen für den Betrieb mit angemessener, aber nicht einseitiger Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes. Das Gleiche gilt für den Schiffsverkehr.</p>	
<p>Zeile 1287 - Antragsteller: Lasse Becker (LV Hessen) und Nathalie Meyer (LV Hessen)</p>			
31	<p>Füge ein nach Fehler.</p>	<p>Im Zuge der Prüfung dieser Grundsätze ist im Vorfeld des Bescheids auch die individuelle Situation in jedem Land zu untersuchen. In Ländern, wie Tunesien oder Algerien, kann grundsätzlich von sicheren Bedingungen ausgegangen werden, so dass nur in Einzelfällen Asylgründe vorliegen. In anderen Ländern, wie Afghanistan, kann nicht grundsätzlich von dieser Situation ausgegangen werden, sondern es muss insbesondere für Helfer der Bundesrepublik im Allgemeinen sowie der Bundeswehr und ihrer Bündnispartner im Speziellen, aber auch für andere besonders belastete Personen, wie Christen oder</p>	<p>Abstimmung mit Beratung zusammen mit V1 135</p>

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		geflüchtete Familien, eine Einzelfallprüfung stattfinden.	
Zeile 1289 bis 1290 - Antragsteller: Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Nicola Beer (LV Hessen), Dr. Joachim Stamp (LV Nordrhein-Westfalen), Johannes Vogel (LV Nordrhein-Westfalen) und Christian Dürr (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Freien Demokraten			
32	Ersetzung von "Wir Freie Demokraten wollen," ... bis "Einbürgerung für uns undenkbar. "	<p>Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland ein Einwanderungsgesetz und endlich auch ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht aus einem Guss bekommt – so wie andere erfolgreiche Einwanderungsländer auch. Die bestehenden Herausforderungen in der Integration bestärken uns in dieser Überzeugung. Viel zu lange haben Konservative genauso wie die politische Linke die Notwendigkeit verbindlicher Integration ignoriert. Konservative wollten keine verbindliche Integration, weil sie nicht anerkannt haben, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Linke verweigerten Integration, weil sie in dem naiven Glauben verharrten, jeder Einwanderer sei per se eine Bereicherung und Integration gelinge von allein. Beides war eine gravierende Fehleinschätzung. Wir Freie Demokraten treten für verbindliche Integration ein, mit dem Ziel, dass Einwanderer zu Verfassungspatrioten werden und sich mit unserer offenen Gesellschaft identifizieren.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen, dass die doppelte Staatsangehörigkeit grundsätzlich möglich ist. Einwanderer müssen zu deutschen Staatsbürgern werden können, ohne ihre Wurzeln und etwa Eigentum in ihrem Herkunftsland aufgeben zu müssen. Für eine Einbürgerung muss es verbindliche Bedingungen und ein klares Regelwerk geben. Voraussetzungen sind insbesondere gute Sprachkenntnisse,</p>	Abstimmung mit Beratung zusammen mit V1 136

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis seit mindestens vier Jahren, die eigene Sicherung des Lebensunterhaltes der Familie, Strafflosigkeit, ein bestandener Einbürgerungstest und vor allem das uneingeschränkte Bekenntnis zur Rechtsordnung unseres Grundgesetzes. Für uns Freie Demokraten ist klar: Die Einbürgerung soll gleichermaßen Motivation und Ziel des Einbürgerungsprozesses sein. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll wie bisher auch durch Geburt in Deutschland erworben werden können, allerdings bis maximal durch die Enkel der Ersteingebürgerten. Dies schafft auch Kohärenz zur Regelung bei Auswanderern. Grundsätzlich sollen alle Herkunftsländer außerhalb der Europäischen Union im Staatsbürgerschaftsrecht gleichbehandelt werden. Mehrfachstaatsbürgerschaften sind zudem von den Meldebehörden zu registrieren.</p>	
<p>Zeile 1504 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)</p>			
33	<p>Füge ein nach Cannabis</p>	<p>kontrolliert</p>	<p>Übernommen</p>
<p>Zeile 1563 - Antragsteller: Daniela Langer (LV Berlin)</p>			
34	<p>Füge ein nach In Unterstützung des Antrags von Christopher Gohl (LV BW) bitte einfügen nach "auseinandersetzen"</p>	<p>Auch wenn absichtliche Schmähungen Andersgläubiger oder Andersdenkender nicht förderlich für ein friedliches Miteinander sind, halten wir den Blasphemie-Paragraphen 166 StGB für überflüssig und wollen ihn abschaffen.</p>	<p>Erledigt durch V1 172</p>
<p>Zeile 1565 - Antragsteller: Daniela Langer (LV Berlin)</p>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
35	Füge ein nach In Unterstützung des Antrags von Christopher Gohl (LV BW) bitte einfügen nach "und Weltanschauung"	Im liberalen Rechtsstaat, der alle Glaubensgemeinschaften rechtlich gleich behandelt, ist es jedem Menschen freigestellt, so zu leben und zu essen, wie er es für richtig hält; auch wenn dies den Traditionen der Mehrheitsgesellschaft widersprechen mag. Das heißt aber nicht, dass alle religiösen Strömungen aus liberaler Sicht als gleichwertig anzusehen sind. Religionskritik ist in einer liberalen Republik so selbstverständlich wie Kritik an säkularen Weltanschauungen. Maßstab liberaler Religionskritik ist der Beitrag der Religionen zum freiheitlichen und friedlichen Miteinander. Deshalb erwarten wir von religiösen Führern eine deutliche Absage an jegliche religiöse Begründung von Terror und Gewalt und ein Bekenntnis zum Respekt und zur Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen. In unserer Republik hat gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie zum Beispiel der Antisemitismus, aber auch die Feindlichkeit gegenüber Muslimen keinen Platz.	Erledigt durch V1 174
Zeile 1569 - Antragsteller: Thomas Seerig (LV Berlin)			
36	Füge ein nach so wie er ist.	Wir Freien Demokraten verurteilen daher indoktrinierende und entmündigende Umerziehungsprogramme, wie sie z.B. vom Berliner Senat im Koalitionspapier auf verschiedenen Politikfeldern festgeschrieben sind. Derartige Umerziehungsprogramme, in denen im Sinne einer Political Correctness vorgeschrieben wird, wie man zu denken und zu werten hat, verkehren das bisher als gültig anerkannte und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		zugrundegelegte Verständnis von Toleranz in sein Gegenteil, nämlich zu neuer Intoleranz.	
Zeile 1639 bis 1639 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen), Alexander Müller (LV Hessen), Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Christoph Jauch (LV Nordrhein-Westfalen) und Friedrich Storrer (LV Baden-Württemberg)			
37	Ersetzung das Recht auf	offensiv Möglichkeiten zum	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 1653 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen), Alexander Müller (LV Hessen), Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen) und Guido Müller (LV Nordrhein-Westfalen)			
38	Füge ein nach Positivkriterien.	und deren Überwachung nicht durch die Deutsche Rentenversicherung, sondern durch unabhängige Institutionen.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 1678 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
39	Füge ein nach zu stärken.	Maßgebliche Kriterien für die Verträge müssen jeweils Qualitätsanforderungen sein. Die Wahl des Leistungserbringers durch den Leistungsempfänger darf dabei nicht eingeschränkt werden.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 1731 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
40	Füge ein nach ihre Notwendigkeit	und Erwünschtheit	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 1762 bis 1764 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
41	Ersetzung von "einerseits Patientinnen" ... bis "inländischen Apotheken "	, welches sowohl Patientinnen und Patienten die Nutzung digitaler Angebote ermöglicht, als auch die	Öffnung der Debatte gemeinsam mit 42 und 43 und V1 190, 191, 192, 193 und 195 und den Anträgen 300, 301 und 302.
Zeile 1765 bis 1769 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
42	Ersetzung von "Daher fordern wir Freie" ... bis "Arzneimittelwesen abgebaut werden."	<p>Der EuGH hat ausländischen Versandapotheken frei gestellt, die bisher geltenden Festpreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel bei der Belieferung deutscher Kunden zu unterschreiten. Wir Freien Demokraten fordern, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Apotheken in Deutschland dabei nicht benachteiligt werden.</p> <p>Dafür sind Regeln erforderlich, die den deutschen Apotheken und den ausländischen Versandapotheken einen gemeinsamen Rahmen für die Endpreise der verschreibungspflichtigen Arzneimittel vorgeben, innerhalb dessen die Preise variieren können.</p> <p>Das derzeitige Preisfindungssystem bis zur Ebene des Großhandels soll dabei unverändert erhalten bleiben. Die gesetzlichen Krankenversicherungen sollen den Apotheken die Einkaufspreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel erstatten. Statt Zuzahlungen an die Krankenkassen sollen die Kunden den Apotheken ein Honorar in etwa gleicher Größenordnung zahlen. Die Höhe dieses Honorars kann nach bestimmten Kriterien (z. B. Aufwand bei Beschaffung, Lagerung und Abgabe) differenziert werden und wird innerhalb des gesetzten Rahmens von den Apothekern selbst kalkuliert.</p>	Öffnung der Debatte gemeinsam mit 41 und 43 und V1 190, 191, 192, 193 und 195 und den Anträgen 300, 301 und 302.

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Dadurch entstehen in den einzelnen Apotheken unterschiedliche Endpreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel.</p> <p>Die Obergrenze für das Apothekenhonorar, die Kriterien, nach denen es in den einzelnen Apotheken differenziert werden darf und das Verfahren für Patienten, die derzeit von Zuzahlungen befreit sind, sind in Verhandlungen mit allen Beteiligten festzulegen. Gegenstand dieser Verhandlungen soll außerdem eine Aufstockung des Nacht- und Notdienst-Fonds sein, der besonders für Apotheken in abgelegenen Gegenden eine wichtige Unterstützung darstellt.</p> <p>Den Apothekenkunden muss die freie Wahl der Apotheke gesetzlich zugesichert werden. Sie sollen frei entscheiden können, ob sie die besonderen und schnellen Leistungen der Präsenzapotheke ihres Vertrauens in Anspruch nehmen oder ob sie in ihrer individuellen Situation ihr Rezept durch eine zertifizierte Versandapotheke beliefern lassen wollen.</p>	
<p>Zeile 1778 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen)</p>			
43	<p>Füge ein nach abgebaut werden.</p>	<p>Patientinnen und Patienten sollen zudem die Möglichkeit bekommen, sich bei entsprechender Verordnung für Medikamente zu entscheiden, die bisher aufgrund der Preisregulierung nicht auf den deutschen Markt kommen. Dazu wollen wir im Arzneimittelgesetz die Übertragung des GKV-Erstattungsbetrages als Höchstpreis für Selbstzahler aufheben.</p>	<p>Öffnung der Debatte gemeinsam mit 41 und 42 V1 190, 191, 192, 193 und 195 und den Anträgen 300, 301 und 302.</p>
<p>Zeile 1799 - Antragsteller: Detlef Parr (LV-Nordrhein-Westfalen) für den Bundesverband Liberale Senioren und Michael Kauch (LV Nordrhein-</p>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Westfalen)			
44	Füge ein nach Kern der Menschenwürde.	Das ärztliche Standesrecht unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland teilweise stark. Daher fordern wir eine bundeseinheitliche Regelung unter welchen Umständen die ärztliche Assistenz bei der Selbsttötung sanktionsfrei ist.	Übernommen
Zeile 1827 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für Bundesverband LiSL und Bundesverband Junge Liberale			
45	Füge ein nach alle Paare umsetzen.	- einschließlich vollem Adoptionsrecht und freiem Zugang zur Reproduktionsmedizin.	Übernommen
Zeile 1827 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg) und Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für Bundesverband LiSL			
46	Füge ein nach alle Paare umsetzen.	Der Rechtsrahmen für Regenbogenfamilien muss verbessert werden. Elternschaftvereinbarungen sollen bereits vor der Empfängnis wirksam geschlossen werden können. Mehreltern-Familien sind Realität und müssen auch bei der rechtlichen Elternschaft abgebildet werden. Wird das Kind mit Hilfe einer Samenbank gezeugt, so soll die eingetragene Lebenspartnerin der Mutter von Geburt an auch rechtlich zweite Mutter sein können.	Übernommen
Zeile 1921 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für Bundesverband LiSL			
47	Füge ein nach wie Ehepaare übernehmen.	Chancen der Reproduktionsmedizin für die Familiengründung nutzen	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Wir fordern einen offenen Umgang mit den Möglichkeiten der modernen Reproduktionsmedizin. Allen Menschen muss unabhängig vom Familienstand der Zugang zu reproduktionsmedizinischen Angeboten gegeben werden. Das Kindeswohl hängt von der Liebe der Eltern ab, nicht von der Art der Zeugung. Der Staat sollte sich aus den intimen Angelegenheiten heraushalten und freie Entscheidungen ermöglichen, die ethisch vertretbar sind. Eizellspenden und nicht-kommerzielle Leihmutterschaft sind in vielen Staaten der EU bereits legal und sollten auch in Deutschland unter Auflagen erlaubt werden.</p>	
<p>Zeile 1930 bis 1930 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für Bundesverband LiSL und Bundesverband Junge Liberale</p>			
48	Ersetzung geschlechtlicher oder sexueller Identität	geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung	Übernommen
<p>Zeile 1935 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für Bundesverband LiSL, Bundesverband Junge Liberale und Detlef Parr (LV Nordrhein-Westfalen)</p>			
49	Füge ein nach Transsexualität übernehmen.	Wir fordern zudem eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz an denjenigen der europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters.	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 1935 - Antragsteller: Mirco Dragowski (LV Berlin), Sabine Leutheusser- Schnarrenberger (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern), Axel Graf Bülow (Brandenburg), Daniel Föst (LV Bayern), Jimmy Schulz (LV Bayern) und Andrew Ullmann (LV Bayern)			
50	Füge ein nach Transsexualität übernehmen.	<p>Rehabilitierung der Opfer des §175 StGB</p> <p>Wir Freien Demokraten begrüßen ausdrücklich den Regierungsentwurf für die Rehabilitierung der Opfer des § 175 StGB (a.F.), der jedoch in Anbetracht des verübten Unrechts nicht weit genug geht. Nach Abschluss des laufenden Gesetzgebungsverfahrens setzen sich die Freien Demokraten unverzüglich nach der Konstituierung des 19. Deutschen Bundestages für ein Änderungs- und Ergänzungsgesetz ein, welches (1.) die vorgesehene Einmalzahlung ab einer Haftdauer von 180 Tagen der Höhe nach an Entschädigungen anpasst, wie sie nach § 7 (3) StrEG in der derzeit gültigen Fassung gezahlt werden; (2.) die Einführung einer zusätzlichen Opferrente regelt; (3.) auch die Opfer von anderen Strafverfolgungsmaßnahmen, namentlich strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, angemessen in den Kreis der Entschädigungsberechtigten einbezieht; sowie (4.) einen Ombudsmannes/eine Ombudsfrau bei der Bundesstiftung Magnus-Hirschfeld beruft.</p>	Übernommen in veränderter Form: „Wir Freie Demokraten begrüßen ausdrücklich den Regierungsentwurf für die Rehabilitierung der Opfer des § 175 StGB (a.F.), die jedoch in Anbetracht des verübten Unrechts nicht weit genug geht. Insbesondere muss eine zusätzliche Opferrente eingeführt werden.“
Zeile 2078 bis 2078 - Antragsteller: Mahmut Türker (LV Bayern), Andreas Keck (LV Bayern), Anke Pöhlmann (LV Bayern) und Andreas Biele (LV Bayern)			
51	Ersetzung von "EU-Beitrittsverhandlungen" ... bis "Strukturen bieten	<p>Die Türkei ist ein unverzichtbarer Partner für Deutschland und EU</p> <p>Wir Freie Demokraten stehen zu der gesellschaftlichen,</p>	Abstimmung mit Beratung zusammen mit V1 214

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	<p>könnten."</p>	<p>sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Partnerschaft mit der Republik Türkei. Ihre politische und zivilgesellschaftliche Stabilität ist für uns enorm wichtig, da sie sich geographisch in einem der sensibelsten und schwierigsten Region in unserer unmittelbarer Nähe befindet.</p> <p>Wir beobachten die letzten Jahre tiefgreifende politische Veränderungen und einen gesellschaftlichen Umbruch in der Türkei. Daher ist eine Überprüfung, ob die Kriterien für einen Beitritt noch erfüllt werden, sinnvoll. Auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien, die nicht verhandelbar sind, wollen wir grundsätzlich eine Entwicklung, die perspektivisch eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU erhält. Daher wollen wir den derzeitigen Kurs der EU Kommission dahingehend unterstützen, im Dialog mit der türkischen Regierung, ein politisches „Reset“ der Verhandlungen herbeizuführen und die Beziehungen auf eine offene und faire Grundlage zu stellen.</p> <p>Wir Freie Demokraten sehen voller Sorge die rhetorischen Eskalationen und Provokationen der jüngsten Zeit zwischen beiden Ländern Deutschland und Türkei. Aber wir werden weiterhin sachlich Stil und Haltung wahren, eine harte Haltung für Bürger- und Menschenrechte einnehmen und Gesprächskanäle zu allen demokratischen Kräften in der Türkei offen halten und intensivieren.</p>	
<p>Zeile 2104 bis 2106 - Antragsteller: Thomas Vollmar (LV Thüringen)</p>			
52	Ersetzung	Wir unterstützen den Freihandel mit Großbritannien auch nach	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	von "Ein „Rosinenpicken“ oder die" ... bis "für uns nicht in Frage"	dessen möglichen Austritt aus der EU. Dies schließt für Freie Demokraten aber ein Recht auf Freizügigkeit ein. Freiheit ist nicht auf Kapital, Waren oder Dienstleistungen beschränkt, sondern dient zu allererst dem Menschen.	
Zeile 2161 - Antragsteller: Thomas Möhle (LV Niedersachsen)			
53	Füge ein nach nach "verdeutlichen."	Wir fordern eine Reform des derzeit vor allem aus bürokratischen Hürden bestehenden IT-Sicherheitsgesetzes durch Maßnahmen, die tatsächlich die Sicherheit in der Praxis verbessern. Dabei sollte der Fokus vor allem auf Stärkung und Förderung von Defensivmaßnahmen, wie der Reduzierung des Schadenpotenzials möglicher Schwachstellen sowie Investitionen in das Auffinden und Beseitigen von Schwachstellen liegen. Wichtig ist zudem, dass Anreize bestehen, potenzielle Schäden für Dritte (z.B. Kundendaten oder Infrastruktur Dritter) auch dann für Unternehmen und Institutionen als Schützenswert zu betrachten, wenn sie nicht direkt im Zusammenhang mit primären oder wirtschaftlichen Interessen stehen.	Erledigt durch V1 222
Zeile 2525 bis 2526 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
54	Ersetzung von "Das führt insbesondere" ... bis "kleineren Einkommen"	Das führt zur Enteignung insbesondere der Mittelschicht und der kleineren Einkommensbezieher.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 2548 - Antragsteller: Dr. Hermann Otto Solms (LV Hessen)			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
55	Füge ein nach voll absetzbar machen.	Wir wollen zusätzlich die steuerliche Berücksichtigung von Leistungen im Haushalt (insbesondere Pflege- und Betreuungsleistungen) verbessern und damit die Vereinbarkeit von Familien und Beruf erleichtern, die Rolle der privaten Haushalte als Arbeitgeber stärken sowie die Schwarzarbeit bekämpfen. Dazu wollen wir, dass für angefallene Kosten eine Steuerermäßigung von 50% statt bisher 20% als Abzug von der Steuerschuld geltend gemacht werden kann. Damit werden alle Familien gleich entlastet.	Übernommen
Zeile 2553 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
56	Füge ein nach für	die direkten	Übernommen
Zeile 2572 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
57	Füge ein nach Mehreinnahmen	des Staates	Übernommen
Zeile 2573 bis 2573 - Antragsteller: Armin Sedlmayr (LV Bayern)			
58	Ersetzung n Einstieg in eine	automatische und	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 2574 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
59	Füge ein nach der Tarif wird also „auf Räder	Wir wollen eine Generalklausel im Abgabenrecht, nach der alle Wertgrenzen in regelmäßigen Abständen an die Inflationsrate	Erledigt durch V1 242

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	gestellt“.	anzupassen sind, denn sie werden nur selten (z.T. Jahrzehnte lang nicht) geändert und sind wesentlicher Teil der heimlichen Steuererhöhungen.	
Zeile 2593 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
60	Füge ein nach ab.	Wir Freie Demokraten streben eine verfassungskonforme und zugleich ökonomisch vertretbare Neuregelung der Erbschaftsteuer an. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer wollen wir dabei nicht erhöhen. Wir wollen langfristig den Übergang zu einem einfachen System mit einem einheitlichen Steuersatz (Flat Tax) auf alles. Dabei soll es keine Verschonungsregel für Unternehmensvermögen geben, deren Bewertung muss jedoch reformiert werden. Heute sind die Regeln bei der Erbschaftsteuer sehr kompliziert. Das sorgt auch für Rechtsunsicherheit, weil immer eine Verfassungswidrigkeit im Raum steht. Auch bei einer Flat Tax wollen wir sicherstellen, dass Erben von Unternehmen die Erbschaftsteuer aus den Erträgen oder über bis zu 10 Jahre verteilt bezahlen können.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 2601 bis 2601 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
61	Ersetzung für den Erwerb von Wohnimmobilien	einmalig für den Erwerb einer Wohnimmobilie	Abstimmung ohne Beratung zusammen mit V1 246

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 2612 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
62	Füge ein nach Freiräume.	<p><u>Reform der Grundsteuer</u></p> <p>Wir setzen uns für eine Reform der Grundsteuer ein, die einfach, für jeden Bürger nachvollziehbar, unbürokratisch zu handhaben und aufkommensneutral ist. Bemessungsgrundlage sind allein die Bodenwerte (amtliche Bodenrichtwerte liegen stets aktualisiert vor) und die Nutzungsart (Wohnen, Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft). Aufstehende Gebäude, deren Bewertung Bürokratie lästig und streitanfällig ist, fließen nicht in die Bewertung ein. Der Steuermessbetrag setzt sich zusammen aus 80 % des Bodenrichtwerts, dem vom Bundesland zu bestimmenden Faktor für die Nutzungsart und der bundeseinheitlichen Steuermesszahl. Darauf wird der kommunale Hebesatz angewandt.</p>	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 2640 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
63	Füge ein nach ab.	<p>Wir wollen die unkontrollierte Kreditvergabe an Staaten im Euro-System über das Target System der EZB begrenzen und zurückführen. Zukünftig soll ein jährlicher Ausgleich von Target Salden bei der EZB wie im Federal Reserve System der USA erfolgen. Hierfür sind werthaltige Sicherheiten (z.B. Goldzertifikate oder Schuldtitel von Drittstaaten hoher Bonität) von den Ländern mit negativen Target Salden bei der EZB zu hinterlegen. Für die bereits aufgelaufenen Target Salden ist ein Tilgungsplan zu erstellen.</p>	Abstimmung mit Beratung zusammen mit V1 261

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 2645 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
64	Füge ein nach wird.	<p>Bankenaufsicht und Geldpolitik in Europa trennen</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen Bankenaufsicht und Geldpolitik in Europa strikt trennen. Die Entwicklung seit 2009 zeigt, dass dies notwendig ist. Denn wenn beide Aufgaben von derselben Institution verantwortet werden, wie aktuell von der Europäischen Zentralbank (EZB), besteht die Gefahr von Interessenkonflikten. So gewährt die EZB im Rahmen ihrer Geldpolitik den europäischen Banken einerseits Kredite und wird zu deren Gläubigerin. Andererseits übt sie seit 2014 die Aufsicht über die wichtigsten Kreditinstitute des Euro-Raums aus. Dieser Interessenkonflikt könnte dazu führen, dass aufsichtsrechtliche Konsequenzen für Banken milder ausfallen oder später folgen als notwendig. Oder dass bestimmte geldpolitische Maßnahmen unterbleiben, um Großbanken nicht zu gefährden. Deshalb wollen wir beide Aufgaben institutionell trennen.</p>	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 2757 bis 2758 - Antragsteller: Rose Pauly (LV Hamburg) für den Landesverband Hamburg			
65	Ersetzung von "Verschuldung auf 0,35" ... bis "Bruttoinlandsproduktes pro Jahr begrenzt"	Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes pro Jahr begrenzt	Übernommen
Zeile 2833 bis 2833 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Michael			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Rene Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Hagen Reinhold (LV Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Bohl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), Klaus Breil (LV Bayern) für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und den Landesfachausschuss Wirtschaft, Technologie und Energie Bayern			
66	Ersetzung von strategischer Bedeutung	ebenso von strategischer Bedeutung wie hohe Transportkapazitäten, intelligente Logistiklösungen und leistungsfähige Infrastrukturen.	Übernommen
Zeile 2834 bis 2835 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Rene Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Hagen Reinhold (LV Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Bohl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), Klaus Breil (LV Bayern) für für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und den Landesfachausschuss Wirtschaft, Technologie und Energie Bayern			
67	Ersetzung von "Häfen und Flughäfen sichern" ... bis "internationalen Märkten."	Moderne Häfen und Flughäfen und leistungsfähige Straßen, Schienen, Wasserstraßen und Schifffahrt sichern unseren Zugang zu den internationalen Märkten.	Übernommen
Zeile 2834 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Rene Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Hagen Reinhold (LV Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Bohl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), Klaus Breil (LV Bayern) für für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und den Landesfachausschuss Wirtschaft, Technologie und Energie Bayern			
68	Füge ein nach anderen Ländern ab.	,der zu 90% über die Meere abgewickelt wird. Nur eine starke maritime Wirtschaft hält das Know-how in unserem Land, das für künftige Wettbewerbsfähigkeit notwendig ist, sie ist somit eine Schlüsselindustrie für Deutschland.	Übernommen
Zeile 2835 bis 2836 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Michael			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Rene Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Hagen Reinhold (LV Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Bohl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), Klaus Breil (LV Bayern) für für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und den Landesfachausschuss Wirtschaft, Technologie und Energie Bayern			
69	Ersetzung Kapazitätsbeschränkungen lehnen wir deshalb ab.	Sie müssen daher weiterentwickelt und nicht in ihrer Kapazität und Bedeutung eingeschränkt werden.	Übernommen
Zeile 2836 bis 2838 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Rene Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Hagen Reinhold (LV Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Bohl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), Klaus Breil (LV Bayern) für für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und den Landesfachausschuss Wirtschaft, Technologie und Energie Bayern			
70	Ersetzung von "Branchenbezogene Steuern- " ... bis "deutscher Standorte führen."	Branchenbezogene Steuern- und Gebühren müssen sich am europäischen Niveau orientieren und international wettbewerbsfähig sein, sie dürfen nicht zu einer Benachteiligung deutscher Standorte und Unternehmen führen.	Übernommen
Zeile 2840 bis 2841 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Rene Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Hagen Reinhold (LV Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Bohl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), Klaus Breil (LV Bayern) für für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und den Landesfachausschuss Wirtschaft, Technologie und Energie Bayern			
71	Ersetzung von "Einseitige Belastungen" ... bis "Alleingänge lehnen wir ab."	Einseitige Belastungen und nationale Alleingänge lehnen wir ebenso ab wie Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen oder staatlich unterstützte Unternehmen in anderen Ländern.	Übernommen
Zeile 2842 bis 2842 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Rene Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Hagen Reinhold (LV Mecklenburg-Vorpommern), Daniel			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Bohl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), Klaus Breil (LV Bayern) für für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und den Landesfachausschuss Wirtschaft, Technologie und Energie Bayern			
72	Ersetzung Regulierungsstandards	Wirtschafts- und Regulierungsstandards.	Übernommen
Zeile 2843 bis 2849 - Antragsteller: Katja Suding (LV Hamburg), Gesine Meißner (LV Niedersachsen), Christian Dürr (LV Niedersachsen), Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Rene Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Hagen Reinhold (LV Mecklenburg-Vorpommern), Daniel Bohl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), Klaus Breil (LV Bayern) für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und den Landesfachausschuss Wirtschaft, Technologie und Energie Bayern			
73	Ersetzung von "Die sichere Rohstoffversorgung" ... bis "in der Bioökonomie leisten."	Deutschland ist weltweit einer der größten Rohstoffverbraucher mit hohen Importabhängigkeiten. Deshalb ist eine sichere Rohstoffversorgung grundlegend für unser Land. Wir wollen weitere internationale Rohstoffpartnerschaften abschließen und zugleich Handelshemmnisse abbauen. Mit Blick auf die wirtschaftliche und nachhaltige Gewinnung importierter, aber auch heimischer und maritimer Bodenschätze, wollen wir die notwendige Investitions- und Planungssicherheit schaffen. Wichtige Beiträge zur Versorgungssicherheit können auch Innovationen zur Ressourceneffizienz, die Sekundärrohstoffgewinnung und die biologischen Ressourcen in der Bioökonomie leisten.	Übernommen
Zeile 3024 - Antragsteller: Norbert Bläsner (LV Sachsen), Tino Günther (LV Sachsen), Philipp Hartewig (LV Sachsen), Torsten Herbst (LV Sachsen), Anja Jonas (LV Sachsen), Dr. Jürgen Martens (LV Sachsen), Marcus Viefeld (LV Sachsen), Roland Werner (LV Sachsen), Holger Zastrow (LV Sachsen), Toralf Einsle für den Landesverband Sachsen			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
74	Füge ein nach gefüllt werden.	Die Einführung einer neuen CO ₂ -Steuer lehnen wir ab.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 3105 - Antragsteller: Niklas Drexler (LV Niedersachsen) und Ria Schröder (LV Hamburg)			
75	Füge ein nach "Unternehmen"	und Privatpersonen	Abstimmung mit Beratung
Zeile 3113 bis 3115 - Antragsteller: Niklas Drexler (LV Niedersachsen) und Ria Schröder (LV Hamburg)			
76	Ersetzung von "Für die Weitergabe sensibler" ... bis "Zweck weitergegeben werden darf."	Für die Datenweitergabe werden transparente Regelungen über Anlass, Umfang und Zweck der Weitergabe sowie die entsprechenden Speicherfristen nach dem Vorbild der estnischen „X-Road“ geschaffen. Die Datensätze werden bei den zugreifenden Behörden dezentral gespeichert. Eine zentrale Datenbank mit sämtlichen unternehmens- und personenbezogenen Daten lehnen die Freie Demokraten aus Gründen des Datenschutzes und der Cybersicherheit ab.	Übernommen in veränderter Form: „Für die Datenweitergabe werden transparente Regelungen über Anlass, Umfang und Zweck der Weitergabe sowie die entsprechenden Speicherfristen geschaffen. Die Datensätze sollen bei den zugreifenden Behörden dezentral gespeichert werden.“
Zeile 3237 bis 3237 - Antragsteller: Gundes Reichenbach (LV Niedersachsen)			
77	Ersetzung erleichtert	erleichtern	Übernommen
Zeile 3238 bis 3238 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
78	Ersetzung medizinischer Berufe	Gesundheitsberufe	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 3240 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen)			
79	Füge ein nach praktikabel erwiesen.	Die gesetzlichen Vergütungsregelungen erschweren es derzeit, Behandlungsmethoden aus dem Krankenhaus in den ambulanten Sektor zu überführen. Die dafür notwendigen Verfahren in der Selbstverwaltung müssen beschleunigt werden. Für die Dauer der Entscheidungsverfahren muss die stationäre Vergütung erhalten bleiben, damit kein Patient unversorgt bleibt.	Übernommen
Zeile 3275 bis 3284 - Antragsteller: Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg)			
80	Ersetzung von "Zweckbindung der Bundesmittel" ... bis "dafür eingesetzt werden."	<p>Wohnungsbauförderung</p> <p>Der Wohnungsbau wird im notwendigen Maße angeregt, wenn jeder Mieter zahlungsfähig ist. Dafür sorgt in angemessenen Maße ein sachgerecht ausgestaltetes Wohngeld, das der örtlichen Mietentwicklung jährlich angepasst wird. Es kommt jedem Mieter sofort zugute, sobald er eine Wohnung angemessener Größe zu einem angemessenen Mietpreis gefunden hat oder eine Erhöhung der Miete seiner Wohnung wegen steigender Vergleichsmieten hinnehmen muss. Die "Subjektförderung" mit Wohngeld verdient daher aus sozialliberaler Sicht den Vorzug vor einer "Objektförderung" durch eine angeblich "soziale Wohnungsbauförderung", Diese verbreitet die Illusion einer Berechtigung auf eine Wohnung mit einer subventionierten "Kostenmiete". Es macht keinen Sinn, der Hälfte der Bevölkerung einen "Wohnberechtigungsschein" auszustellen und nur für einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung Sozialwohnungen bereitstellen zu können. Das ist offensichtlich politischer Sozialschwindel, den wir Freien Demokraten nicht</p>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		mitmachen wollen. Wir wollen die Berechtigung auf Bezug einer Sozialwohnung auf diejenigen Bevölkerungskreise begrenzen, die auf dem freien Wohnungsmarkt auch mit einem Wohngeldanspruch erfolglos bleiben, weil Vermieter sie trotz ihrer Zahlungsfähigkeit nicht akzeptieren.	

68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

Antrag Nr. A400 "Die westliche Wertegemeinschaft sichern und stärken – Ein 10 Punkte Plan für die zukünftige transatlantische Partnerschaft"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 70 bis 74 - Antragsteller: Dr. Guido Fischer (LV Nordrhein-Westfalen)			
1	Ersetzung von "Angesichts sinkender nationaler" ... bis "Entwicklung auszugeben."	Wir wollen eine bessere Ausstattung der Bundeswehr. Eine pauschale Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIP lehnen wir jedoch ab.	Kein Votum